

## Das Problem nicht verstanden

Erwiderung auf „Auf einem gefährlichen Pfad“, Leserforum vom 24. Januar

Neben Siemens' Entschluss, die Signalanlage in Australien zu bauen, kritisiert FR-Leser Alfred Kastner das Verhalten von Luisa Neubauer als Demokratie gefährdend, „extreme gesellschafts- und klimapolitische Positionen“, „stark polarisierende Galionsfigur“, viele Flugreisen wirft er ihr vor. Diese Ansicht möchte ich in aller Schärfe zurückweisen, denn Herr Kastner versteht offensichtlich nicht die Problematik der Klimaerwärmung. Unsere Regierung übrigens auch nicht.

Mit der Natur kann man nicht verhandeln, es geht nur um Fakten. Die Ansicht, dass in einer parlamentarischen Demokratie Entscheidungen nicht ad hoc gefällt werden können, ist angesichts der Sachlage Unsinn. Weder Geduld für Kompromisse, um die Gesellschaft mitzunehmen und zusammenzuhalten, sind zu diesem späten Zeitpunkt noch möglich. Die Regierung hatte 30 Jahre Zeit, um zu tragfähigen Ergebnissen zu kommen. Diese Zeit ist nach anfänglicher Aktivität nur benutzt worden, um Absichtserklärungen abzugeben, denen keine Taten folgten. Dann wurde die Windkraft abgewürgt, zigtausend Arbeitsplätze gingen verloren, ersatzlos. Um es kurz zu machen: Jetzt wird die Deckelung der Photovoltaik-Förderung für weitere Arbeitsplatzverluste sorgen, man spricht von 30 000 bei vor allem mittelständischen Betrieben, er-

satzlos. Andererseits wird die Kohleindustrie mit insgesamt 50 Milliarden bedient, und es soll bis 2038 Kohle verbrannt werden, sogar in einem nagelneuen Kraftwerk. Weiter sorgt man dafür, dass grüner Strom nicht erzeugt wird, denn eine entsprechende Politik ist nicht vorhanden, wo soll der denn herkommen?

Bei dieser Faktenlage ist für mich Frau Neubauer diejenige, die Recht hat, indem sie die Regierung der Untätigkeit bezichtigt. Wenn hier jemand die Demokratie gefährdet, dann die Regierung durch einseitige Bevorzugung der Kohleindustrie und völlige Nichtachtung des Problems Klimaerwärmung.

Greta Thunberg als Anhängerin einer selbstgemachten Religion zu bezeichnen – was soll das? Es gilt doch, die Klimaerwärmung als große Bedrohung zu akzeptieren, die nach Ansicht von Herrn Schellnhuber vom Potsdamer Institut (81 Prozent Wahrscheinlichkeit) wie auch der Münchner Rückversicherung nicht mehr aufzuhalten ist. Man sollte entsprechend vorsorgen. Wenn es also noch Leute gibt, die versuchen, das Schlimmste aufzuhalten, dann sollten sie unterstützt werden, mit aller Kraft, und eine Regierung, die die Dinge schlicht vermasselt, gehört abgewählt.

Jürgen H.Winter, Schöneck

**Diskussion:** [frblog.de/kippunkte](http://frblog.de/kippunkte)

## Klaffende Lücke

Zu: „Zweifel am Nutzen des Verbots von „Combat 18“, FR-Politik vom 24.1.

Natürlich war das Verbot von „Combat 18“ vollkommen verspätet, aber richtig. Es ist beschämend, dass es eines Mordes, nämlich an Walter Lübcke, bedurfte und der Nähe des Hauptverdächtigen dieser Tat, Stephan E., zu den führenden „Combat 18“-Aktivisten, um das Innenministerium dazu zu bewegen. Am selben Tag, an dem jetzt „Combat 18“ verboten wurde, hielt Bundespräsident Steinmeier in Yad Vashem eine beeindruckende Rede, in der sich dazu bekannte, jüdisches Leben zu schützen. Es ist ein Missklang, wenn der Bundespräsident diese Notwendigkeit hervorhebt, aber „Combat 18“ sich im Jahresbericht 2018 des Verfassungsschutzes mit keinem Wort findet. Es ist unerträglich, wenn auf der einen Seite die gute Absicht durch den Bundespräsidenten formuliert wird, auf der anderen Seite jedoch die Behörden immer noch den Eindruck erwecken, als werde das Thema der rechtsextremen Gewalt nicht ernst genug genommen.

Die klaffende Lücke zwischen offiziellen Bekundungen und der Wirklichkeit, insbesondere im Kampf gegen rechte Verbrecher, muss endlich geschlossen werden. Übrigens, am selben Tag gab es eine erneute Attacke gegen den SPD-Bundestagsabgeordneten Karamba Diaby aus Halle. Manfred Kirsch, Neuwied

## Buhmänner der Nation

Bauernproteste: „Nicht nur auf eigene Scholle blicken“, FR-Meinung vom 21.1.

„Bei 69 Cent für einen Liter Milch im Supermarkt und Schleuderpreisen für Fleisch können es die Bauern kaum schaffen, gleichzeitig die Umwelt zu schützen“ sagte Bundesumweltministerin Svenja Schulze zum Auftakt der Grünen Woche in Berlin. Bloße Appelle an die Verbraucher, für Lebensmittel, die nach gehobeneren Standards hergestellt wurden, einen höheren Preis zu bezahlen, sind bislang weitgehend verpufft. Ein hohes Qualitätsniveau kann es aber nicht zu Billigpreisen geben.

Im Jahr 1960 betrug der Anteil für Lebensmittel an den Konsumausgaben der Verbraucher noch rund 38 Prozent. Im Jahr 2018 waren es gerade mal 14 Prozent. Die Prioritäten der Verbraucher haben sich seither unter anderem zugunsten von häufigeren Urlaubsreisen verschoben, weil selbst hochwertig erzeugte Lebensmittel mittlerweile zu Dumpingpreisen angeboten werden. Man hat in diesen konsumorientierten Zeiten offensichtlich verlernt, den Wert von Lebensmitteln angemessen zu schätzen.

Noch bis vor wenigen Jahrzehnten konnte ein Landwirt mit einem für heutige Verhältnisse klein strukturiertem, konventionellem Betrieb seine Familie ernähren. Heute können solche Betriebe in der Regel nur noch im Nebenerwerb als teures Hobby geführt werden.

Früher war aber nicht alles besser. Die heutigen nach aktuellen Erkenntnissen gebauten modernen Stallgebäude sind im Vergleich zu früheren Jahren nicht nur weitaus größer, sondern auch viel heller und luftiger und bieten den Tieren viel mehr Platz. Auch die Bodenbewirtschaftung ist heute dank moderner Technik effektiver und schonender.

Dies alles hat für die Landwirte seinen Preis, der jedoch von der Gesellschaft nicht angemessen honoriert wird. Die mit der Natur eng verbundenen Landwirte sind, ohne ihn verursacht zu haben, einer der größten Leidtragenden des Klimawandels. Sie fühlen sich als Buhmänner der Nation. In der Vergangenheit haben sie es leider versäumt, ihre Leistungen für Tierwohl und Umwelt besser zu kommunizieren und ihren Kritikern das Feld überlassen, die größtenteils noch nie einen Kuhstall von innen gesehen haben.

Die Marktwirtschaft ist derzeit dabei, ähnliche Strukturen und Landschaften zu schaffen wie früher der Sozialismus mit endlosen Äckern, Mega-Mastanlagen und zentralisierter Produktion. Möchten die Verbraucher derartige Verhältnisse zurück haben? Der Wert der kleinbäuerlichen, landschaftserhaltenden Kultur wird in Deutschland viel zu wenig geschätzt.

Alfred Kastner, Weiden

# HP\_0LES02FRDA - B\_180334

